

02.07.2017

Inhalt:

Verkehrsführung Deverpark/Ems-Center	S. 01	Peter Raske pflanzt „seinen Baum“	S. 03
Gegen Kohlekraftwerk in Dörpen	S. 02	Ehrliche Förderung von Ehrenamtlichen	S. 03
Umsetzung des Tariftreuegesetzes	S. 02	Biomasseheizkraftwerk: Müllverbrennungsanlage?	S. 04
Kindertagesbetreuungsgesetz	S. 02	Eine grüne Lunge für Papenburg	S. 04

März 2008

## Nachbesserung bei Verkehrsführung zwischen Deverpark und Ems Center

Angesichts des Kaufansturms durch Ostern war dringender Handlungsbedarf für eine Entlastung des Kreisels zwischen Deverpark und Ems Center notwendig. Außerdem forderte die SPD-Fraktion Nachbesserungen bei der Straße „Am Stadtpark“ bei der OBI-Zufahrt.

Für Peter Raske war es nicht hinnehmbar, dass in Stoßzeiten ein Rückstau auf dem Deverweg bis zur Rheiderlandstraße entstand. Die SPD forderte, dass eine Entlastung des Kreisels zwischen Deverpark und Ems Center durch die geplante Verlängerung der Straße „An der Alten Werft“ an der Bahnstrecke entlang vorgezogen werden sollte, bevor das Gelände des Wasserwerkes bebaut würde.

Nach Beobachtungen von SPD-Fraktionschef Hartmut Bugiel entwickelte sich die Straße „Am Stadtpark“ zur Entladezone für OBI. Nicht nur dass die Straße durch Lastwagen blockiert wurde und durch die Kurve es zu gefährlichen Situationen beim Überholen der Laster kam, außerdem wurde die Straße als Abstellraum für Ladegut missbraucht. Es müsste dringend eine Abbiegespur oder die Zufahrt für den Ladeverkehr von OBI neu geregelt werden.

Thomas Witolla beklagte, dass der Fahrradweg auf der Straße „Am Stadtpark“ vom Kreisel kommend in der Kurve endete.

Fahrradfahrer, die weiter zum Hauptkanal fahren wollten, mussten einen Umweg durch den Stadtpark machen oder waren gezwungen, die Straße in der unübersichtlichen Kurve zu queren. Deshalb forderte die SPD, den Fahrradweg bis zum Jameson's Pub weiter zu bauen.

## OBI-Ladezone: SPD fordert Nachbesserung Baumarkt gesteht Probleme ein

**PAPENBURG. Die SPD-Fraktion der Stadt Papenburg hält die Verkehrssituation zwischen Deverpark und Emscenter nach der Neueröffnung des OBI-Baumarktes für „nicht hinnehmbar“. Baumarktleiter Johann Mardink räumte „vorübergehende Schwierigkeiten“ ein.**

Ratsherr Peter Raske nannte es in der Mitteilung „nicht hinnehmbar“, dass in Stoßzeiten ein Rückstau auf dem Deverweg bis zur Rheiderlandstraße entstehe. Die SPD fordert, dass eine Entlastung des Kreisels zwischen Deverpark und Ems-Center durch die geplante Verlängerung der Straße „An der Alten Werft“ an der Bahnstrecke entlang vorgezogen werde, bevor das Gelände des Wasserwerkes bebaut werde.

Zudem kritisierte SPD-Fraktionschef Hartmut Bugiel in der Pressemitteilung, dass die Straße „Am Stadtpark“ sich zur Entladezone für OBI entwickelt habe. Dadurch, dass

die Straße durch Lastwagen blockiert werde, komme es in der Kurve zu gefährlichen Situationen beim Überholen der Laster. Außerdem werde die Straße als Abstellraum für Ladegut missbraucht. Bugiel forderte deshalb „dringend“ eine Abbiegespur oder eine Neuregelung der Zufahrt für den OBI-Ladeverkehr.

OBI-Marktleiter Johann Mardink gestand die Probleme ein. Diese seien durch die erhöhte Nachfrage an Eröffnungsangeboten bedingt und damit vorübergehend. „Es war nie geplant, dass unsere Waren außerhalb unseres Hofes entladen werden“, versicherte Mardink auf Anfrage unserer Zeitung. Er hoffe, dass die Situation sich in den nächsten Wochen entschärfe.

SPD-Ratsherr Thomas Witolla schließlich beklagte, dass der Fahrradweg auf der Straße „Am Stadtpark“, vom Kreisel kommend, in der Kurve ende. Die SPD forderte, den Fahrradweg bis zu Jameson's Pub weiterzubauen.

## SPD-Fraktion gegen Kohlekraftwerk in Dörpen

Die SPD-Fraktion erklärte sich solidarisch mit dem Protest gegen das Kohlekraftwerk in Dörpen. Sie unterstützte das Ziel, die Bürger vor Umwelt schädigenden Einflüssen zu bewahren.

Die Energieerzeugung aus Kohle wäre nur eine Übergangstechnologie, die bundesweit unter speziellen Standortbedingungen allein als Ergänzung zum massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bei gleichzeitigem deutlichem Energiesparen vertretbar war. Zudem wäre ein 900-Megawatt-Meiler für Dörpen überdimensioniert, so die Meinung der Sozialdemokraten. Durch das CO<sub>2</sub> würde die Umwelt nachhaltig geschädigt und das Klima würde sich verändern. Der Dörpener CO<sub>2</sub>-Ausstoß entsprach dem von ca. 1,75 Millionen PKW. Die Standortsicherung für Nordland wäre auch mit einem deutlich

kleineren und hoher Effizienzausstattung versehenen Kraftwerk leistbar.

Die Sozialdemokraten wollten sich nicht aus der Verantwortung für die Energieversorgung stehlen. Die Situation in Deutschland war, dass Kraftwerkskapazitäten in einer Größenordnung von bis zu 30.000 Megawatt ersetzt werden müssten durch das Abschalten der Kernkraftwerke und der veralteten Kohlekraftwerke. Vor diesem Hintergrund gäbe es einen Run zur Küste. Überall gäbe es Pläne für Kraftwerksbauten. In Ostfriesland landeten drei Gaspipelines aus verschiedenen Feldern Norwegens an. Deshalb machte es keinen Sinn, in Dörpen ein Kohlekraftwerk zu bauen. Wenn schon ein Großkraftwerk, dann ein kombiniertes mit gasbetriebenen Turbinen, so die Sozialdemokraten.

April 2008

## Umsetzung des Tariftreuegesetzes in Papenburg

Die SPD-Fraktion wollte stärker auf die Einhaltung des Tariftreuegesetzes bei der Vergabe von Ausschreibungen der Stadt Papenburg achten. SPD-Ratsherr Bernhard Schmees wies darauf hin, dass aufgrund des Vergabegesetzes die öffentliche Hand verpflichtet wäre, Aufträge von über 30.000 Euro nur an Firmen zu vergeben, die sich zur Zahlung von Tariflöhnen verpflichtet hätten. Damit sollten Wettbewerbsverzerrungen durch Niedriglöhne verhindert werden.

Bei der Vergabe von Aufträgen für das Jugendzentrum waren bei der SPD-Fraktion Zweifel aufgetaucht, ob das Tariftreuegesetz eingehalten wurde. Deshalb wurde die Stadtverwaltung gebeten, Auskunft darüber zu erteilen, ob das Tariftreuegesetz eingehalten wurde. Eine zufriedenstellende Antwort war bei einem Termin mit der Stadtverwaltung nicht gegeben worden, so Bernhard Schmees. Alle Teilnehmer an der Ausschreibung

hätten eine Einhaltung des Tariftreuegesetzes zugesichert. Die Stadtverwaltung wäre jedoch nicht in der Lage, die Einhaltung bei dieser und auch bei anderen Ausschreibungen nachzuprüfen. Ohne Kontrolle war nach Meinung der SPD aber die Gefahr von Lohndumping vorhanden.

Bisher hatte das Tariftreuegesetz landesweit ebenso wie in Papenburg nur zu wenigen Sanktionen geführt. Dies war auf die fehlende Überwachung zurückzuführen. Deshalb begrüßte die SPD die Initiative der SPD-Landtagsfraktion, Tariftreue durch Änderung des Vergabegesetzes wieder zu stärken. Mit dem Gesetzentwurf der Sozialdemokraten würden die öffentlichen Auftraggeber künftig zur Kontrolle verpflichtet. Tariftreue sollte nicht nur auf dem Papier stehen, so Bernhard Schmees. Es wäre erforderlich, die Einhaltung des Gesetzes auch tatsächlich zu kontrollieren.

## Kindertagesbetreuungsgesetz

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßte den Ausbau des Kindertagesstättenangebotes im Emsland. Nachdem das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) von der Bundesregierung verabschiedet wurde, müssten im Emsland bis 2010 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege geschaffen werden. Wegen der Bedeutung der Kindertagesstätten für die frühkindliche Bildung forderte die SPD, den beitragsfreien Besuch für alle Kinder in Kindertagesstätten schrittweise einzuführen.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das zum 1.1.2005 in Kraft trat, verpflichtete zum schrittweisen Ausbau einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung bis zum Jahr 2010. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung war eine Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen, für die sie auch die Finanzierungsverantwortung trugen. Im Wege der Entlastung der Kommunen

stellte der Bund die Finanzierungsgrundlage für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bereit.

Auf dem Weg bis 2010 waren auch im Emsland Verbesserungen im vergangenen Jahr nach einem Bericht des Landkreises zu verzeichnen. Mit Stand 01.02.08 gab es 135 „5-Stunden-Gruppen“. Damit könnten bei einem Drittel der Kindertagesplätze die Kinder fünf Stunden statt vier Stunden im Kindergarten verbringen.

Wichtig für die SPD war, dass der Ausbau von 6-Stundengruppen von jetzt 9 Gruppen erweitert würde. Bis 2010 müssten mindestens 30 Gruppen eingerichtet werden. Zumindest jede Gemeinde oder Samtgemeinde sollte eine Ganztagesgruppe haben. Im Bereich der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren bestand beim Landkreis Emsland der größte Nachholbedarf. Die SPD-Fraktion ging davon aus, dass hier über 500 Plätze neu geschaffen werden müssten.

02.07.2017

## Peter Raske pflanzt „seinen“ Baum

Anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen des Landkreises Emsland hatte Kreistagsmitglied Peter Raske aus Papenburg, wie viele weitere Gäste, im September des vergangenen Jahres eine Urkunde erhalten, die ihm das Recht verlieh, als Zeichen der Verbundenheit mit der Region einen Baum zu pflanzen. Diese Absicht setzte er in die Tat um: Unterstützt von der Stadtgärtnerei pflanzte er seine Buche im Volkspark Bokel. Er hoffte damit ein Zeichen setzen zu können für mehr Bäume im Stadtgebiet. Gleichzeitig plädierte er für die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung in Papenburg.



## Ehrliche Förderung von Ehrenamtlichen

Die SPD-Kreistags-Fraktion trat dafür ein, das Ehrenamtliche im Emsland unterstützt und gefördert werden. Ihre Arbeit sollte anerkannt und belohnt werden. Die Aktion des Landes Niedersachsen unter dem Motto „Ehrenamt ist Gold wert“ mit der Einführung der niedersachsenweit gültigen Ehrenamtskarte hielt sie dagegen für eine reine Werbekampagne für die Landesregierung und den Landkreis und lehnte sie deshalb ab.

Die 3000 Euro, die das Land Niedersachsen pro Landkreis zur Verfügung stellte und die Kosten für die Werbekampagne verbunden mit Flugblatt, Internetauftritt und den Verwaltungskosten für die Ausgabe der Karte sollten nach Auffassung von SPD-Kreistagsmitglied Ulrich Wilde aus Haren lieber direkt in die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit fließen. SPD-Fraktionschefin Karin Stief-Kreihe kritisierte, dass die Landesregierung die Karte einführte, für die Vergünstigungen aber die Kommunen zahlen mussten.

SPD-Kreistagsmitglied Peter Raske meinte: „Statt einen Orden zu verleihen, wie er auf der Ehrenamtskarte abgedruckt ist, wird vom Land Niedersachsen eine Plastikkarte ausgegeben.“ Neben der Bank-Card, der Krankenversicherungskarte, den Clubkarten von diversen Vereinigungen, den Kundenkarten von Einkaufsketten oder den Plastikmitgliedsausweisen verschiedener Vereine müsste der Ehrenamtliche zukünftig auch die Ehrenamtskarte bereithalten. Es könnte ja sein, dass er damit reduzierten oder freien Eintritt erhält. Am Besten plante er dann seine Ausflugsfahrten so, dass er vorher im Internet mögliche Vergünstigungen abrief. Beim Ausflug nach Hannover könnte er beim Niedersächsischen Staatstheater im Opernhaus und im Schauspielhaus 15% Rabatt erhalten. Beim Niedersächsischen Landesmuseum gäbe es sogar freien Eintritt. Das war es dann aber auch an Möglichkeiten für Hannover.

## Ehrenamtskarte bald im Emsland?

Diskussion im Ausschuss für Arbeit und Soziales

pe MEPPEN. In der Nachbarschaft von Swenna Vennegeerts wohnt jemand, der eine Fußballmannschaft betreut, beim Besuchsdienst im Krankenhaus mitmacht und außerdem auf der Sozialstation hilft – alles ehrenamtlich. Die CDU-Kreistagsabgeordnete aus dem Linger Ortsteil Holthausen-Biene warb mit diesem Beispiel in der Sitzung des Kreis Ausschusses für Arbeit und Soziales für die Einführung der Ehrenamtskarte im Landkreis.

CDU, FDP und Grüne befürworteten einen entsprechenden Schritt. Die SPD-Vertreter Peter Raske und Ulrich Wilde lehnten ihn ab, ihre sozialdemokratische Fraktionskollegin Edeltraut Graefner enthielt sich bei der Abstimmung.

Die Aktion des Landes Niedersachsen unter dem Motto „Ehrenamt ist Gold wert“ sei eine reine Werbekampagne für das Land und den Landkreis, kritisierte Peter Raske. Die notwendige Unterstützung und Förderung von Ehrenamtlichen und ihrer Arbeit müsse auf anderen Wegen erfolgen. Die vom Land für jeden Landkreis zur Verfügung gestellten 3000 Euro sollten besser direkt in die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit fließen, forderte Raskes Fraktionskollegin Ulrich Wilde.

Das sahen die übrigen Ausschussmitglieder anders. „Dies ist eine Stellvorlage des Landes“, meinte Arno Fillies (CDU). Der Landkreis Emsland solle die Ehrenamtskarte deshalb schnell in die Tat umsetzen.

Heike Baalman von der



Ehrenamt ist Gold wert: Unter diesem Motto startete das Land 2007 die Initiative.

Verwaltung hatte zuvor die im September 2007 vom Land gestartete Initiative vorgestellt. Personen, die eine Ehrenamtskarte erhalten, müssen folgende vom Land vorgegebenen Kriterien erfüllen: Sie müssen mindestens 18 Jahre alt sein, und das ehrenamtliche Engagement muss mindestens 250 Stunden im Jahr umfas-

„Das ist eine Stellvorlage des Landes“  
Arno Fillies, CDU-Ratsherr

sen. Beantragt werden kann die Karte bei den zuständigen Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Gültigkeit beträgt drei Jahre. Personalisiert wird die Karte durch die Unterschrift des Besitzers.

Träger können Vergünstigungen im Land in Anspruch nehmen und natürlich auch spezielle Angebote in den Landkreisen – Niedersachsen. Das Einwerben der Vergünstigungen liegt in der Verantwortung der interes-

sierten Kreise und kreisweiten Städte. Auf das Emsland bezogen gebe es bereits erste Gespräche, sagte Heike Baalman. Konkrete Vorschläge wolle man nach einem Kreistagsbeschluss zur Einführung der Ehrenamtskarte machen.

In der Debatte sprach sich Jens Bock (FDP) dafür aus, dass der Kreis schon vorher deutlich machen solle, was ihm die Einführung wert sei. Sicherlich seien andere Kommunen wie die Stadt Lingen bereit, auch ihren Anteil zu leisten.

„Die Karte ist gut, aber wir müssen sie auch richtig unterfüttern“, erklärte Walter Teckert (CDU). Wenn man die Verbindungen zur emsländischen Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen nutze, könne ein richtig attraktives Angebot geschaffen werden, meinte Swenna Vennegeerts.

Der Landkreis müsse sich beteiligen, erklärte Helmer Rehnen, Bündnis 90/Die Grünen. „Sonst wird das eine Luftnummer“, unterstrich der Grünen-Politiker.

Ems-Zeitung 18.04.2008

02.07.2017

## Wird Biomasseheizkraftwerk Müllverbrennungsanlage?

Die SPD in Papenburg wurde bei ihren Befürchtungen, dass im Biomasseheizkraftwerk ein Einstieg in die Müllverbrennung mit hochbelasteten Stoffen durch die Veränderung der Betriebsgenehmigung eingeleitet würde, bestätigt durch einen Antrag von PROKON auf wesentliche Änderung des Biomasseheizkraftwerkes.

Nur ein halbes Jahr nach Bewilligung des Stadtrates, dass PROKON der Verbrennung von Holz-Biomasse hoch belastete Bahnschwellen beimischen konnte, stellte PROKON einen Antrag zur Verbrennung teerölimprägnierter Hölzer im Regelbetrieb. Außerdem wurde die Verwendung von Brennstoffen beantragt, die bisher nicht im Aufnahmekatalog des Biomasseheizkraftwerkes enthalten waren. In der Anlage zum Antrag war eine Liste beigefügt, die unter anderem für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe aus Abfällen der Zubereitung und Verarbeitung von Fleisch, Fisch und anderen

Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs nannte. Es wurden weiter für die Verbrennung beantragt Inhalte von Fettabscheidern und Flotate sowie Glas, Kunststoff und Holz, die gefährliche Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind, Pilzmyzel, Pilzsubstratrückstände und Kantinenabfälle.

Damit würde aus dem „grünen Kraftwerk“, Papenburger Biomasseanlage, endgültig eine Müllverbrennungsanlage. Die SPD war empört, mit welcher Dreistigkeit, die Veränderungen in Angriff genommen wurden.

Wilhelm Kröger erinnerte daran, dass der SPD im Jahre 2000 von PROKON zugesichert wurde, dass es sich nicht um eine Müllverbrennungsanlage handele. Um zu verhindern, dass dies geschehe, hatte die SPD im Rat einem Ansiedlungsvertrag zugestimmt, in dem PROKON zusicherte, nur bestimmte in einer Anlage zum Vertrag festgelegte Stoffe zu verbrennen.

**Mai 2008**

## Eine „grüne Lunge“ für Papenburg schaffen

### Heinrich Hövelmann stellt erste Konzepte eines Bürgerparks vor – Stadtteile miteinander vernetzen

abr PAPENBURG. Ein Froschteich mit Seerosen, farbenfrohe Blumenbeete und duftende Kräuter könnten nach der Vorstellung von Ehrenbürgermeister Heinrich Hövelmann Bestandteil eines Bürgerparks werden, der ab dem Jahr 2012 die verschiedenen Papenburger Stadtteile miteinander verbinden soll. Während einer Informationsveranstaltung im Café Alte Glashütte stellte Hövelmann ein erstes Konzept vor.

In der Kanalstadt gebe es bereits zahlreiche Angebote für Blumen- und Naturfreunde, zum Beispiel die Historisch-Ökologische Bildungsstätte (HÖB), die Von-Velen-Anlage, das Forum Bethlehem, den Golfplatz, den Demonstrationswald und den Barockgarten um Gut Altenkamp. „Diese unterschiedlichen Attraktionen könnten durch einen Bürgerpark, im Sinne einer ständigen Gartenschau, vernetzt werden“, erläuterte Hövelmann.

Für das Projekt müsse die Stadt Papenburg nicht einmal Flächen erwerben. Die Grundstücke hinter der HÖB sind nach seinen Worten bereits im Besitz der Stadt Papenburg und des Landkreises Emsland, ebenso die Grundstücke parallel zum Bethlehemkanal. „Hinter der HÖB könnten verschiedene Wasserlandschaften gestaltet werden“, schlug Hövelmann vor. Weiter gehen solle es mit einem Themenweg, gesäumt von Obstbäumen bis zum Forum Bethlehem.

#### Kräuterspirale im Forum

„Ein zentraler Bereich mit einer begehbaren Kräuterspirale bietet sich hier an“, so Hövelmann. Drumherum sollten farbenprächtige Themengärten Blumenschau-Atmosphäre erzeugen. In Richtung Demonstrationswald und Golfplatz führe dann ein „Europäischer Friedensweg“. Auf einer Strecke von 2008 Metern soll gezeigt werden, wie kurz die Zeit der Einigkeit



Erste Pläne für eine grüne Lunge in Papenburg schmieden (von links) Bernd Haskamp vom Verein Kunst-Kultur-Natur, Obstbaum-Spezialist Ernst Naschke, Heinrich Hövelmann, Bernhard Tegeder und Jutta Timm (beide vom Verein Kunst-Kultur-Natur).

Foto: Astrid Brüggen

in Europa ist. „Seit Christi Geburt haben wir in 1995 Jahren Krieg geführt“, so Hövelmann.

Die Aussicht auf Fördermittel aus EU-Töpfen sei gut. „Eine Möglichkeit wäre, den Bürgerpark als Leuchtturmprojekt der Ems-Achse auszuweisen“, erklärt Hövelmann. Der Bürgerpark sei zudem bewusst als Mehrjahresprojekt

angelegt, damit es in der Bevölkerung verankert sein kann. „Zahlreiche Vereine und Einrichtungen, wie die Johannesburg oder Berufsbildenden Schulen haben bereits ihr Interesse bekundet, Teilstücke des Parks eigenständig zu gestalten“, berichtete Hövelmann. Ehrenamtliche oder auch ältere Arbeitslose müssen nach seinen Vorstellungen

gen an der Umsetzung des Konzeptes beteiligt werden. Hövelmann: „Die gemeinsame Arbeit an einem gemeinsamen Ziel fördert den Gemeinsinn und weckt das Verständnis zwischen den Generationen.“

Als erster Schritt werde nun bei der Stadt Papenburg ein Antrag auf die Nutzung der Flächen für das Projekt ge-

stellt. „Es freut mich, dass die Papenburger Fraktionen SPD, CDG und FDP bereits ihre Unterstützung zugesichert haben“, so Hövelmann. Die CDU berate noch über ihre Haltung. SPD-Stadtratsmitglied Peter Raske betonte: „Die Bestrebung, eine grüne Lunge zu schaffen, ist nicht hoch genug zu bewerten.“ Natur und Tiere gewannen ein Stück Lebensraum zurück.

Im zweiten Schritt muss nach den Worten von Hövelmann geklärt werden, inwieweit Stadtgärtner Willi Hensen nach der nächsten Blumenschau in die Planung des Bürgerparks mit eingebunden werden könne. Anschließend könne entschieden werden, inwieweit sich die Stadt Papenburg auch finanziell an dem Projekt beteiligen. Hövelmann: „Mit dem Bürgerpark soll etwas Nachhaltiges geschaffen werden, das für die Bürger und für Gäste interessant ist.“ Allein deshalb lohne es sich, sich auf das Experiment Bürgerpark einzulassen.

Ems-Zeitung 18.05.2008

## SPD-Fraktion Papenburg

